



Berlin, den 31. Oktober 2012

Stellungnahme zum Ersten Engagementbericht

Auf Beschluss des Deutschen Bundestags in der letzten Legislatur, gibt es jetzt einen 1. Engagementbericht. Der Engagementbericht reiht sich in eine Reihe von Berichten - Demographiebericht, Familienbericht, Gleichstellungsbericht etc. – ein, die der Gestaltung zukünftiger Politik dienen sollen. Der Engagementbericht soll in jeder Legislatur zum Stand der Engagementpolitik und der Entwicklungen bürgerschaftlichen Engagements Auskunft geben. Ich begrüße den Schritt der Diskussion um bürgerschaftliches Engagement auf Bundesebene und im Parlament weiteres Gewicht zu verleihen. Mit dem Ziel über einen längeren regelmäßigen Zeitraum Entwicklungen festzuhalten – anders als im Freiwilligensurvey - auf deskriptiver Ebene. Fraglich ist, ob der Bericht hier das richtige Instrument ist und nicht zum Werkzeug der Bundesregierung gemacht wurde? Fraglich ist auch, ob die Schwerpunkte des Berichts richtig gewählt sind. **Unternehmensengagement ist einer der Engagementbereiche in dem die Bundespolitik am allerwengsten unterstützen und fördern kann!**

Der Engagementbericht fasst im ersten Teil aktuelle Debatten und Kenntnisse in einzelnen Engagementbereichen auf, mit Hilfe dessen in zukünftigen Engagementberichten Entwicklungen der Engagementpolitik erkennbar werden sollen. Dagegen gibt es neue Erkenntnisse aus dem IW-Zukunftspanel zu Unternehmensengagement, welches der Frage nachging wo und warum Unternehmen Mitverantwortung in Form von bürgerschaftlichem Engagement übernehmen. Adressat des Berichts scheinen zunächst also Unternehmen. Die Handlungsempfehlungen, die sich aus dem Engagementbericht für die Bundespolitik ergeben, sind teilweise altbekannt. Wie so oft finden sie, wie in der Stellungnahme der Bundesregierung zu lesen ist, aber wenig Gehör.

Die grundsätzliche Idee in den Berichten Schwerpunkte zu legen, welche in einer eigenen Studie untersucht werden, finde ich gut.

Trotz der positiven Gesamtentwicklung gibt es Kritikpunkte am Bericht und an der Entstehung des Berichts.



Rahmen des Engagementberichts

Die Auswahl der Sachverständigen ist dem Schwerpunktthema Unternehmensengagement des Berichts geschuldet. Der Versuch die Kommission mit Sachverständigen unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen zu besetzen ist in Teilen gelungen. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Unterschiedlichkeit die Möglichkeit offen gelassen hätte mit Sondervoten zu arbeiten, wie es bereits im Bericht der Enquetekommission zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ möglich war. Ungerechtfertigt ist, dass es unter den Sachverständigen nur eine Frau gibt, und das obwohl bspw. im großen Feld des sozialen Engagements mehrheitlich Frauen aktiv sind.

Wichtig ist neben der Auswahl der Sachverständigen die garantierte, transparente und unabhängige Arbeit der Kommission sowie der offene, partizipative Dialog mit Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Staat.

Stellungnahme der Bundesregierung

Die Stellungnahme der Bundesregierung zeigt, dass ihr immer noch eine Gesamtkonzeption in der Engagementförderung fehlt, dass sie nicht auf Augenhöhe mit Akteuren in Zivilgesellschaft und Wirtschaft operiert und dass sie unreflektiert ihre engagementpolitischen Konzepte darlegt. Deutlich wird dies an der vielfach positiven Stellungnahme der Bundesregierung. Sie sieht in dem Bericht ihre Politik „einer nachhaltigen Engagementpolitik bestätigt“. Die Bundesregierung lobt ihre Nationale Engagementstrategie und arbeitet diese an Handlungsempfehlungen des Engagementberichts ab. Die Kernbotschaften des Berichts an die bundespolitische Ebene werden hierbei einfach ignoriert – Strukturierte Kommunikation mit den föderalen Ebenen, eine verlässliche Fördermittelvergabe die nicht nur temporär Projekte fördert, Beteiligung und Mitsprache betroffener Akteure in der Entwicklung und Planung von (Modell-)Projekten und Strukturen sowie einen offenen Diskurs darüber.

Aus meiner Sicht verfehlt die Bundesregierung eine kritische Reflektion ihrer Engagementpolitik entlang der Handlungsempfehlungen des Berichts. Stattdessen wird unangenehmes ausgespart und Erfolge wie im Bundesfreiwilligendienst und bei den Mehrgenerationenhäusern gefeiert und die gute Arbeit der Organisationen im Sport oder der freien Wohlfahrtspflege gelobt. Die Stellungnahme listet neben einzelnen Projekte vor allem eventuelle zukünftige Vorhaben der Bundesregierung auf. Seitenweise „plant“,



„entwickelt“ und „strebt“ die Bundesregierung Konzepte der Engagementförderung.

Im Detail

Problematisch finde ich die dem Bericht zugrundeliegende unterschiedliche Definition von bürgerschaftlichem Engagement. Im ersten Teil wird die bewährte Definition der Enquetekommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements zugrunde gelegt. Im zweiten Teil nimmt der Bericht eine eigene Definition bürgerschaftlichen Engagements vor, hier fehlt mir der Fokus auf Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit, die für mich bürgerschaftliches Engagement ausmachen. Und die helfen bürgerschaftliches Engagement gegenüber Erwerbsarbeit abzugrenzen. Den in der Definition gewählten Begriff der „Bürgerpflicht“ finde ich äußerst problematisch. Vielmehr ist bürgerschaftliches Engagement für mich ein Bürgerrecht, welches Menschen aus eigener Motivation und freier Entscheidung heraus leisten. Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht sich einzubringen und Verantwortung zu übernehmen und gleichzeitig ist es die Pflicht unseres Sozialstaates grundlegende Versorgung zu gewährleisten. Bürgerschaftliches Engagement ist für mich Ausdruck unserer demokratisch, freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

Zwei im 1. Engagementbericht kritische Punkte möchte ich an dieser Stelle kurz kommentieren:

An erster Stelle einige Anmerkungen zum Diskurs Demokratie, Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement. Und damit eng verknüpft die Handlungsempfehlung Bildung stärkt Engagement.

Der Bericht versucht die einzelnen Argumente repräsentativ-demokratischer Elemente und direktdemokratischer Elemente mit ihren Chancen und Risiken aufzuzeigen und bleibt in seinem Fazit offen ohne Lösungswege aufzuzeigen.

Demokratie bedeutet für mich zukünftig viel stärker direkt-demokratische Elemente mit repräsentativen Elementen zu verschränken. Dies deutet der Bericht an, bleibt hier aber unkonkret und ist wenig innovativ, ohne Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Stattdessen wird auf die Gefahren direktdemokratischer Verfahren verwiesen, die ausgrenzend wirken können und damit schlussendlich noch weniger Menschen repräsentieren. **Der Befund,**



dass alternative Beteiligungsformen weniger repräsentativ sind, darf nicht heißen darauf zu verzichten, sondern dafür zu sorgen, dass Demokratie und ihre Verfahren inklusiv werden. Unser Ziel muss es sein, mündige Bürgerinnen und Bürger zu haben, indem wir individuelle Teilhabechancen stärken, eine solidarische Existenzsicherung für alle garantieren, und insbesondere auf lokaler Ebene neue Beteiligungsformen aufbauen. Eine „Politik des Gehörtwerdens“ ist für unsere Demokratie zentral. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass Partizipation und bürgerschaftliches Engagement keine Mittelschichtphänomene bleiben. Auch auf bundespolitischer Ebene müssen wir hier Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des Dialogs schaffen.

Da es gerade in etablierten Organisationen Demokratiedefizite gibt, ist der Aufbau demokratischer Elemente – Offenheit, Transparenz, Mitbestimmung – umso wichtiger. Trotzdem sind in dem Bericht die Möglichkeiten des Demokratielernens in Organisationen unterbeleuchtet. In Jugendorganisationen ist Demokratielernen zentraler Bestandteil und für mich ein wichtiger Grund die Jugendverbandsarbeit kontinuierlich zu stärken (vgl. bspw. Studie von Wibke Riekmann: *Demokratie und Verein. Potenziale demokratischer Bildung in der Jugendarbeit*). Stattdessen wird in den Handlungsempfehlungen der Fokus auf Demokratielernen in der staatlichen Institution Schule gelegt - ohne Jugendverbandsarbeit überhaupt zu thematisieren (vgl. Abschnitt 576 „Bildung stärkt Engagement“).

Ich finde wir brauchen den ganzen Strauß an Möglichkeiten, um unser Zusammenleben weiter zu entwickeln.

An zweiter Stelle, nachdem dies Kern des Berichts ist, kurz zu Unternehmensengagement.

Die im Bericht zugrundegelegte Frage, ob sich für Unternehmen bürgerschaftliches Engagement lohnt, mutet eigenartig an. *„Die Moralisierung von Märkten und die Wirkung moralischer Risiken für das Unternehmenshandeln sind heute von höchster geschäftspolitischer Bedeutung. Die einfache marktökonomische Definition von Unternehmen wird damit nicht falsch, sie erweist sich aber als unzureichend.“* (vgl. Abschnitt 456). Gerade die kleinen und mittelständischen Betriebe mit lokaler Verankerung – die einen Großteil unserer Unternehmensstruktur ausmachen – haben sich selten ausschließlich auf Grund dieser marktökonomischen Definition definiert.



Lokale Verankerung von Unternehmen - dies zeigt auch die Unternehmensbefragung - ist wichtiges Motiv sich zu engagieren.

Die fehlende Stakeholderorientierung resultiert meiner Meinung nach aus dem in den letzten Jahren zunehmend globalisierten Markt und multinationalen Konzernen. Gut finde ich in der vorgenommenen Untersuchung deshalb die Unterscheidung in eigentümergeführt und nichteigentümergeführte Unternehmen. Hier deutet die Untersuchung kurz an, dass statt Nutzenüberlegungen vielmehr persönliche, intrinsische Motive ausschlaggebend sind (vgl. bspw. Abschnitt 376). Gerade bei nichteigentümergeführten Unternehmen finde ich die Frage eines möglichen „Greenwashing“, entgegen einer Integration von Unternehmensengagement in das Kerngeschäft relevant. Leider wird hierauf im Bericht nicht tiefer eingegangen und differenziert.

Ein weiteres Defizit der Untersuchung von Unternehmensengagement ist die fehlende Perspektive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Unternehmen. Unternehmensengagement wird nicht in einem homogenen Gebilde – dem Unternehmen – geleistet, sondern von vielen Individuen geleistet. Demokratische Elemente der ArbeitnehmerInnen-Mitbestimmung und innerorganisatorische Prinzipien bleiben unbeleuchtet. In den Handlungsempfehlungen wird deutlich wie wichtig Fragen individueller Teilhabe und sozialer Ungleichheit für bürgerschaftliches Engagement sind, in der Untersuchung um Unternehmensengagement spielen diese dagegen keine Rolle.

Der Blickwinkel auf Unternehmen und Unternehmensengagement bleibt insgesamt einseitig - alternative Formen des Wirtschaftens (soziales Wirtschaften) sind kein Thema.

Forderungen

Ich trete dafür ein, dass die Themenschwerpunkte künftiger Engagementberichte deutlicher politische Problematiken und Möglichkeiten aufzeigen.

Ich trete dafür ein, zukünftige Engagementberichte vielmehr diskursiv und transparent anzulegen, auf trisektoraler Basis.



Familienengagement war Schwerpunkt des Berichts des Wissenschaftszentrums Berlin „zur Lage des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“, sozusagen dem Vorgänger des 1. Engagementberichts. Bürgerschaftliches Engagement für und von Familien ist ein großes Thema, welches Menschen in allen Lebensphasen betrifft, jedoch relativ wenig erforscht ist. Ich trete dafür ein, Familienengagement zum Schwerpunkt des nächsten Engagementberichts zu machen.

Ich trete dafür ein, über den Bericht hinaus im ständigen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, zivilgesellschaftlichen Initiativen und UnternehmensvertreterInnen gemeinsam transparent und nachhaltig Engagementpolitik zu gestalten.

Die Handlungsempfehlungen des Berichts machen deutlich wie wichtig verlässliche und unabhängige Strukturen sind. Ich trete dafür ein, die Finanzierung engagementfördernder Organisationen unter Gewähr ihrer Autonomie und Selbstorganisation auszurichten. Instrumente für eine erste Weichenstellung wären: zivilgesellschaftliche Organisationen zukünftig mit Festbeträgen oder anteiligen Beiträgen zu finanzieren, die Praxis der gegenseitigen Kooperation zu befördern, bürgerschaftliches Engagement als Eigenmittel anzuerkennen, eine transparente und nachvollziehbare Vergabe von Fördermitteln sowie eine entbürokratisierte Zuwendungspraxis.

Netzwerke und Organisationen die auf der Ebene des Bundes wichtige Aufgaben übernehmen und unterstützende Strukturen schaffen brauchen die verlässliche finanzielle Unterstützung des Bundes.

Wir brauchen endlich eine besser koordinierte Engagementpolitik auf Bundesebene, die die Politik der einzelnen Ressorts weiterentwickelt zu einem Gesamtkonzept der Engagementförderung. Von der auf Bundesebene im vergangenen Jahr aufgebauten Bund-Länder-Arbeitsgruppe Engagement sind bisher wenig Impulse gekommen. Die Querschnittsaufgabe der Engagementförderung braucht jedoch einen präsenten, festen institutionellen Rahmen.

Letztlich wird es auch eine große Bildungsaufgabe sein in diversen Ausbildungs- und Studiengängen, Lernende und Lehrende stärker für Engagierte zu sensibilisieren. Koordination und Management von Freiwilligen ist keine Aufgabe, die einem einfach von der Hand geht. Aus dem professionellen Umgang mit Freiwilligen erwächst Anerkennung und Motivation für Haupt- wie Ehrenamtliche.



Die Nationale Engagementstrategie ist vielmehr Sammelsurium als Gesamtkonzept. Allgemeine Leitlinien der Engagementpolitik und -Förderung auf Bundesebene fehlen bis heute und müssen dringend entwickelt sowie Ideen und Konzepte der zivilgesellschaftlichen Organisationen endlich ernst genommen werden.